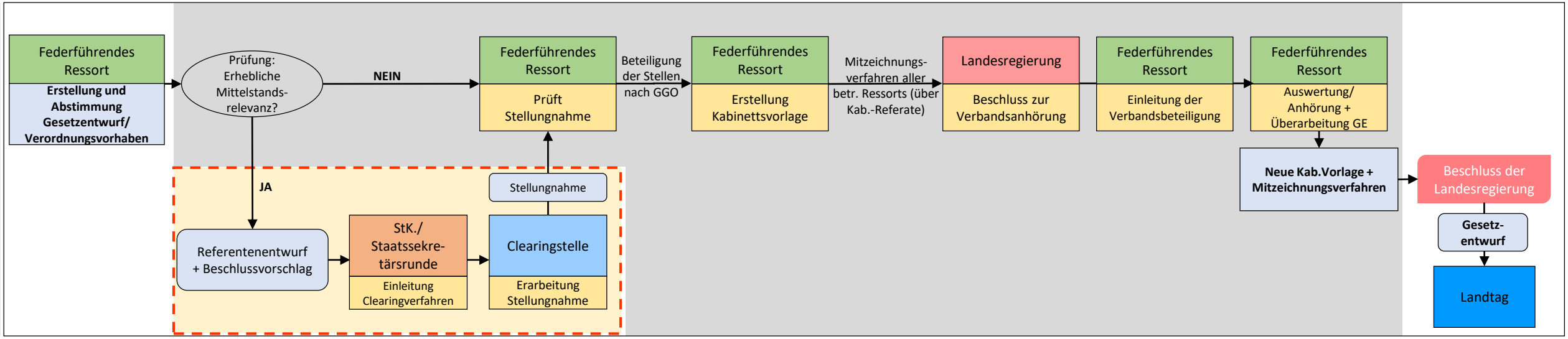
Schema zur Vorgehensweise bei der Erstellung von Gesetzen: Einbindung der Clearingstelle des Landes Niedersachen

Stand: Juni 2021

Clearingstelle
des Landes Niedersachsen
bei der IHK Niedersachsen

Niedersachsen

Ablauf



Inhalt

Hausinterne **Erstellung eines Gesetzes-/VO-Entwurfes** und Abstimmung mit anderen Referaten (§ 19 GGO)
Inhalt:
- Gesetzestext
- Gesetzesfolge-abschätzung (§ 38 GGO) Begründung zum Entwurf (§ 39 GGO)
- Prüfung der erheblichen Mittelstandsrelevanz (§ 31a GGO)

Wenn Prüfung **erhebliche Mittelstandsrelevanz → NEIN**:
→ Das Ergebnis ist in die Kabinettsvorlage aufzunehmen (§ 31a GGO)

Anschließend **Beteiligung der** nach der GGO **zu beteiligende Stellen**:
- Andere Ministerien (§ 22 GGO)
- Staatskanzlei (AGRV) (§§ 40; 41 GGO)
- Landesrechnungshof (§ 27 GGO)
- Beauftragte (z.B. Landesdatenschutzbeauftragte/r) (§ 24 GGO)

Wenn **Prüfung der erheblichen Mittelstandsrelevanz → JA:** Weiterleitung des Referenten-entwurfs inkl. Beschlussvorlage zur Einleitung eines Clearingverfahrens (§ 31a Abs. 1 GGO) an die Staatskanzlei

Beschluss der Staatssekretärsrunde: Einleitung eines Clearingverfahrens (§ 31a Abs. 1 GGO)

Durchführung eines Clearingverfahrens gem. § 31 a GGO; Abschluss: Stellungnahme der CS

Erstellung einer Kabinettsvorlage:
- hausinterne Abstimmung der Kab.-Vorlage
- Beteiligung aller von der Kab.-Vorlage betroffener Ministerien i.d.R. zunächst auf Arbeitsebene
- offizielles Mitzeichnungsverfahren über die Kabinettsreferate

Inhalt der Kabinettsvorlage gem. § 9 GGO

Beschluss der Landesregierung: Freigabe des Gesetzesentwurfes zur **Verbandsbeteiligung** (§ 7 Nr. 6, § 31 Abs. 2 GGO)
→ es sind die betroffenen Gewerkschaften und Berufsverbände (§ 104 NBG) und die kommunalen Spitzenverbände zu beteiligen (Art. 57 Abs. 6 Verf ND, § 31 GGO)

(ggf.) Überarbeitung des Gesetz-/VO-Entwurfs:
Einarbeitung der Stellungnahmen in den Entwurf und dessen Begründung. Bei wesentlicher Veränderung ohne Berücksichtigung der Stellungnahmen:
erneute Gelegenheit zur Stellungnahme (§ 31 Abs. 4 GGO)

→ Erneutes Mitzeichnungsverfahren des Gesetzes-/VO-Entwurfes durch die betroffenen Ministerien

Beschlussfassung der Landesregierung zur **Einbringung des Gesetz-entwurfes** in den Landtag (§ 7 Nr. 7 GGO)

Zuleitung des Gesetzentwurfes an den Landtag durch den Ministerpräsidenten / Vertretung im Landtag durch das zuständige Mitglied der Landesregierung (§ 36 GGO)

Zeit

Regulär: Verfahren/ Abgabe einer Stellungnahme **3-6 Wochen**

Eingang Kab. Vorlage bei Stk + Beratung durch Landesregierung **10 Tage**

Regulär: Abgabe einer Stellungnahme **6 Wochen**